

Brief aus Straßburg

Aktuelle Informationen von Rainer Wieland MdEP



Nr. 115 · 10. Jahrgang · Ausgabe Plenarwoche Januar 2008

► Neujahrsgruß

Sehr geehrte Damen und Herren,

auch wenn die erste Hälfte des ersten Monats im neuen Jahr bereits vergangenen ist, so möchte ich es nicht versäumen, Ihnen alles Gute für das Jahr 2008 zu wünschen.

Gerne möchte ich einen kleinen Ausblick auf das vor uns liegende Jahr wagen:

Wie bereits der Präsident des Europäischen Parlaments, Hans-Gert Pöttering zu Beginn der dieswöchigen Plenartagung ausführte, ist "Priorität der Prioritäten" im Jahr 2008, dass der Vertrag von Lissabon politische und rechtliche Wirklichkeit wird. Weitere herausragende Bedeutung werden die Klimaschutz- und Umweltschutzpolitik, sowie der interkulturelle Dialog als Schwerpunkte der Arbeit des EP im neuen Jahr darstellen.

Rückblickend ist Europa seit dem 21. Dezember des vergangenen Jahres wieder ein Stück zusammengewachsen, da die Grenzkontrollen zwischen alten und neuen EU-Mitgliedsländern weggefallen sind.

Ich wünsche Ihnen eine interessante Lektüre und verbleibe

mit freundlichen Grüßen

Ausbricht von Rainer Wieland

► Historischer Tag: Slowenien übernimmt EU-Ratspräsidentschaft

Der slowenische Premierminister Janez Janša hat am Dienstag im Parlamentsplenum die Schwerpunkte der Ratspräsidentschaft seines Landes vorgestellt. Es sei in vielerlei Hinsicht ein "historischer Tag", der nur im Zuge tief greifender Veränderungen Europas möglich geworden sei. In seiner Rede unterstrich er die besondere Bedeutung des Schengen-Abkommens, die Ratifizierung des Lissabonner Ver-

trags bis Ende 2008 und die Rolle Europas als "globaler Spieler".

"Es ist ein besonderer Tag, weil erstmalig in der Geschichte der Europäischen Union der Repräsentant, der Ministerpräsident dieses Landes, nämlich Sloweniens, den Vorsitz hat in der Europäischen Union — ein Land, das am 1. Mai 2004 mit neun anderen Ländern der Europäischen Union beigetreten ist", mit diesen Worten eröffnete EP-Präsident Hans-Gert Pöttering die Debatte am Mittwoch.



Der slowenische Premierminister Janez Janša betonte, dass es in vielerlei Hinsicht ein "historischer Tag" sei. Slowenien präsentiere die Prioritäten der Ratspräsidentschaft als erster der neuen Mitgliedstaaten, als erster Mitgliedstaat der früheren Staaten hinter dem Eisernen Vorhang und als erster slawischer Staat, der den Europäischen Rat leite.

Auch unterstrich er in seiner Rede, dass dies niemals möglich gewesen wäre, ohne tiefe Veränderungen des europäischen Kontinents im vergangenen Vierteljahrhundert. Dieser Wandel habe es Europa ermöglicht, zu einer vereinigten Union zu werden, die auf Frieden, Freiheit, Solidarität und Fortschritt basiere. "All dies war noch vor 20 Jahren undenkbar für Millionen von Europäern".

"Dieser Vertrag wird eine größere Effizienz und ein besseres demokratisches Funktionieren der erweiterten Europäischen Union ermöglichen. Die Entscheidungsfindung wird in vielen Bereichen erleichtert und zugleich wird die Rolle des Europäischen Parlaments und der nationalen Parlamente gestärkt", so Janša. Ziel sei es, den Vertrag von Lissabon bis Ende des Jahres zu ratifizieren. Deshalb arbeite man bereits

CDU-Europabüro Region Stuttgart
Dornierstraße 17
D-70469 Stuttgart
Tel.: (49) 711/80 60 74 8 80
Fax.: (49) 711/80 60 74 8 94

Europäisches Parlament
LOW T 10 033
Allée du Printemps
F-67070 Straßburg
Tel: (33) 388 17 5545

Deutscher Bundestag
Zimmer der Republik 1
Zimmer 116
D-11011 Berlin
Tel.: (49) 30 227 71 771

Europäisches Parlament
ASP 10 E 242, Rue Wiertz
B-1047 Brüssel
Tel.: (32) 2 284 5545
Fax.: (32) 2 284 9545

email: rainer.wieland@europarl.europa.eu

internet: www.mdep.de

jetzt eng mit Frankreich zusammen, damit dem Inkrafttreten nichts im Wege stehe.

Der Fortschritt der EU im Bereich der Wirtschaftsreformen in den Mitgliedsstaaten und die Etablierung des Binnenmarktes sei ermutigend. In den vergangenen Jahren sei die Wirtschaft beträchtlich gestärkt worden, Produktivität und Beschäftigungsrate seien ebenfalls gestiegen.

► Schülerwettbewerb "Rede über Europa!"

Die Europa-Union Baden-Württemberg und das Landeskomitee der Europäischen Bewegung haben erneut einen Aufsatzwettbewerb "Rede über Europa!" für Schülerinnen und Schüler gestartet. Weitere Informationen finden Sie auf meiner [Homepage](#).

► Künftige EU-Politik im Automobilsektor - für fairen Zeitplan bei CO2-Limits

Das EP hat am Dienstag Position zur künftigen EU-Politik im Automobilsektor bezogen. Zentrale Elemente der künftigen Politik seien u.a. Bürokratieabbau und bessere Rechtssetzung. Auch für ein "integriertes Konzept" zur Senkung der CO2-Emissionen und "ehrgeizige, aber realistische" Reduktionsziele spricht sich das EP aus. Das Ziel des Ausstoßes von 125 g CO2 pro Kilometer für Pkw bis 2015 sei "erreichbar". Entscheidend sei es, dass die Zielwerte je nach Gewicht der Fahrzeuge gestaffelt werden.

Das Parlament drängt auf realistische Vorgaben bei den CO2-Grenzwerten für Pkw, eine Abstufung nach Gewichtsklassen und einen fairen Zeitplan. In einer am Dienstag verabschiedeten Entschließung sprach sich das Plenum für das Startdatum 2015 aus. Die Kommission möchte bereits 2012 verbindliche Limits einführen. Einer stabilen Mehrheit im EP gelang es, einen einseitig in-



dustriefeindlichen Vorschlag abzulehnen, der im Zweifel nur der Konkurrenz außerhalb Europas dienen könnte. Zu einer einseitigen Benachteiligung deutscher Hersteller von Oberklassefahrzeugen darf es nicht kommen, denn die Klein- und Mittelklassewagen machen den Löwenanteil des Pkw-Bestandes und der Fahrleistung aus. So muss jede Fahrzeugkategorie relativ zu ihrer Bedeutung zur Senkung des CO2-Ausstoßes beitragen. Vielmehr gilt es, ausgereifte Technik, die den Kraftstoff-

verbrauch deutlich senkt und Technologieführerschaft sichert, zu fördern.

► "Ich glaube nicht an den heiligen Krieg. Friede ist das einzige, was heilig ist!"

In seiner Rede vor dem EP am Dienstag betonte der Großmufti von Syrien, Sheikh Ahmad Badr Al-Din Hassoun, er glaube nicht an den "heiligen Krieg". Niemand dürfe die Religion missbrauchen, um zu töten. Vielmehr müsse jeder das Leben unterstützen. Zudem unterstrich er, dass "die Frau von den Menschen und nicht von der Religion unterdrückt" werde. Der Besuch fand im Rahmen des "Europäischen Jahres des Interkulturellen Dialogs" statt, zu dem das EP bedeutende Persönlichkeiten einladen wird.

► Neues Entgeltsystem für 67 EU-Flughäfen

Mit großer Mehrheit hat das EP am Dienstag die Richtlinie zu Flughafenentgelten angenommen, die den eventuellen Missbrauch einer marktbeherrschenden Stellung einzelner Flughäfen unterbinden soll. Die Richtlinie legt eine Informationspflicht für Flughäfen sowie ein einheitliches und transparentes Verfahren zur Berechnung der Gebühren fest. Zudem müssen Flughäfen die Fluggesellschaften nun bei der Festsetzung von Flughafenengebühren umfassend konsultieren

► Besserer Schutz vor Berufskrankheiten und Unfällen am Arbeitsplatz

Das Europäische Parlament bedauert, dass sich die Kommission keine Ziele für die Verringerung von Berufskrankheiten, wie z.B. arbeitsbedingten Krebserkrankungen, setzt. Die Abgeordneten fordern außerdem erneut dazu auf, Arbeitnehmer im Gesundheitswesen besser vor Krankheiten wie Hepatitis C und Aids zu schützen. Zudem sollten die Mitgliedstaaten nationale Aktionspläne für eine schrittweise Beseitigung von Asbest erstellen.

Die Kommission hat sich das Ziel gesetzt, die Zahl der Unfälle am Arbeitsplatz EU-weit um durchschnittlich 25% zu verringern. Die Abgeordneten schlagen vor, die EU-Empfehlung zu Berufskrankheiten in eine Mindestrichtlinie umzuwandeln.



► EP verabschiedet neue Verbrauchercredit-Richtlinie

Das Europäische Parlament hat die neue Verbrauchercredit-Richtlinie verabschiedet. Diese gilt für Kredite ab 200 € bis 75 000 €.



Festgeschrieben sind u.a. ein 14-tägiges Rücktrittsrecht für Verbraucher sowie eine Entschädigung für Kreditgeber bei vorzeitiger Rückzahlung. Informationen

für Verbraucher, etwa der effektive Jahreszins, müssen auf einem Standardformblatt mitgeteilt werden, so dass die Kreditnehmer besser vergleichen und in ganz Europa den günstigsten Kredit ausfindig machen können.

► Rechte der Kinder durch gemeinsame EU-Strategie stärken

Das Europäische Parlament begrüßt die Initiative der Kommission einer gemeinsamen EU-Kinderrechtsstrategie, spricht sich jedoch für zahlreiche Ergänzungen, wie z.B. beim Kampf gegen Kinderhandel und Pädophilie im Internet aus. Die Abgeordneten plädieren außerdem für ein "Europäisches Frühwarnsystem für Kindesentführungen" sowie für eine "EU-weite Hotline für Hilfe suchende Kinder".

► Eine "Kultur des lebenslangen Lernens" schaffen

Das Europäische Parlament begrüßt den Aktionsplan der Kommission für die Erwachsenenbildung. Bislang sei die Beteiligung der Erwachsenen an der allgemeinen und beruflichen Bildung nicht ausreichend, um die EU-Vorgabe von 12,5% Mitwirkung an der Erwachsenenbildung bis zum Jahr 2010 zu erreichen. Es müssen "eine Kultur des lebenslangen Lernens" geschaffen, die Qualität verbessert und Hindernisse an der Teilnahme abgeschafft werden.

Grundsätzlich stellen die Verbesserung des Angebots im Bereich der Erwachsenenbildung, die Bereitstellung von Informationen und eine bessere Vereinbarkeit von Berufs- und Familienleben die wichtigsten Prioritäten des Aktionsplans dar, um mehr Menschen für Angebote der Erwachsenenbildung zu gewinnen.

Rückblick 2007: "Die gute Nachricht aus Europa"

Unter dieser Überschrift hat eine große deutsche Tageszeitung im vergangenen Jahr Initiativen der EU gelobt. Erlauben Sie mir, rückblickend auf das vergangene Jahr 10 europäische Projekte aufzuführen, die für die Bürge-

rinnen und Bürger unmittelbare Auswirkungen für das tägliche Leben haben:

- Einigung auf EU-Reformpaket
- Europa schafft neue Arbeitsplätze
- EU Vorreiter beim Klimaschutz
- Immer weniger Passkontrollen
- Niedrigere Handyrechnungen
- Hoch geschätzt: EU-Wahlbeobachter
- Energieversorger konkurrieren bei Leistungen und Preisen
- Mehr Auswahl und günstigere Tarife bei USA-Flügen
- Die EU wirbt für gesündere Ernährung
- Marktbeherrschende Unternehmen dürfen Wahlmöglichkeiten nicht beschränken

Im Zusammenhang mit der Senkung der Roamingkosten hat die Europäische Kommission am Donnerstag eine erste positive Bilanz gezogen: Die Gruppe der europäischen Regulierungsbehörden (ERG) hat den ersten Bericht zur Bewertung des internationalen Roamings veröffentlicht. Sowohl die Kosten für abgehende als auch für ankommende Gespräche sind in allen EU-Mitgliedstaaten gefallen. Die EU-Kommission begrüßt, dass die Mobilfunkbetreiber nicht versucht haben, die Auswirkungen der Verordnung durch Preiserhöhungen bei Inlandsgesprächen zu kompensieren. Die nationalen Regulierungsbehörden werden aufgerufen, die Entwicklung auch weiterhin zu beobachten.

► EP fordert Neuwahlen in Kenia

In einer am Donnerstag angenommenen Entschließung fordert das Europäische Parlament neue Präsidentschaftswahlen in Kenia, falls es sich als unmöglich erweist, eine glaubwürdige und faire Neuauszählung der Stimmen durch ein unabhängiges Gremium zu organisieren. Auch verlangen die Abgeordneten das Einfrieren aller weiteren Budgethilfen für die Regierung Kenias, bis eine politische Lösung der gegenwärtigen Krise gefunden worden ist.

► Europäischer Karlspreis für die Jugend

Europäisches Parlament und die Stiftung Internationaler Karlspreis zu Aachen wollen Jugendliche in der EU zur aktiven Mitgestaltung Europas anregen. Einreichungsfrist für den Wettbewerb zum ersten Europäischen Karlspreis für die Jugend ist der 8. Februar 2008. Weitere Informationen auf meiner [Homepage](#).

► Jahr des interkulturellen Dialogs 2008

Das laufende Jahr steht unter dem Motto "Vielfalt gemeinsam leben". Weitere Informationen finden Sie unter www.dialogue2008.eu